

Liestal, 06. Februar 2015

Medienmitteilung**FDP.Die Liberalen Baselland fasst die Abstimmungsparolen für den 8. März 2015**
Parteitag empfiehlt 5x Nein und 1x Ja

Zwei nationale und vier kantonale Vorlage standen am Parteitag der Baselbieter FDP am Donnerstagabend zur Diskussion. Die Delegierten fassten die Nein-Parole zur Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» und zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer». Ebenfalls die Nein-Parole beschlossen wurde zur kantonalen Vorlage zur Befristung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten, zur nichtformulierten Gesetzesinitiative «Vo Schönebuech bis sauber» und zur formulierten Gesetzesinitiative «Strassen teilen – Ja zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo-, und öffentlichen Verkehr». Zur formulierten Gesetzesinitiative «Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil» fassten die Delegierten einstimmig die Ja-Parole.

Die Delegierten der FDP.Die Liberalen Baselland haben am Donnerstagabend im KUSPO in Pratteln die Parolen für die Abstimmung vom 8. März 2015 gefasst. Nationalrätin Daniela Schneeberger stellte den Delegierten die beiden nationalen Vorlagen vor. Mit ihrer Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» wollen die Grünliberalen die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer ersetzen. Die Auswirkung der Initiative wäre der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und damit einhergehend ein Arbeitsplatzverlust sowie die Senkung unserer Kaufkraft. Die Delegierten haben die Initiative einstimmig abgelehnt. Sie sind zwar der Ansicht, dass die klima- und energiepolitische Stossrichtung der Initianten zu unterstützen ist, aber die Abschaffung der Mehrwertsteuer und die Festlegung neuer Steuersätze wird als falscher Weg beurteilt. Ebenfalls deutlich war die Parolenfassung zur Familieninitiative der CVP. Zum einen würden nur wohlhabendere Familien entlastet, da einkommensschwache Familien gar keine Bundessteuer bezahlen und zum anderen würde das bestehende Steuersystem verkompliziert. Schliesslich wurde die Nein-Parole mit grossem Mehr bei vier Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen gefasst.

Neben den zwei nationalen Vorlagen befindet das Baselbieter Stimmvolk am 8. März 2015 über vier kantonale Vorlagen. Landrat und Fraktionspräsident Rolf Richterich stellte den Delegierten die Vorlage zur Befristung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten vor. Die grosse Mehrheit der Delegierten ist der Ansicht, dass es in der Regel vor Urnengängen im Baselbiet nicht zu einer übermässigen Plakatierung kommt und eine solche Vorschrift deshalb unnötig ist. Die Durchsetzung wäre zudem mit einem erheblichen Kontrollaufwand verbunden. An Stelle einer gesetzlichen Lösung wäre es vorzuziehen, eine Einigung unter den Parteien für eine vernünftige Plakatierung zu suchen. Entsprechend deutlich fassten die Delegierten die Nein-Parole mit grossem Mehr bei drei Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Die von Landrat Christoph Buser vorgestellte formulierte Gesetzesinitiative «Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil» wurde hingegen von den Delegierten klar begrüsst. Regierungsrätin Sabine Pegoraro warb für ein Ja und machte deutlich, dass mit einem Nein auch ein grosser Teil des Projektes ELBA verunmöglicht würde. Die Delegierten mussten gar nicht erst von der Wichtigkeit der Umfahrung Allschwil überzeugt werden und fassten einstimmig die Ja-Parole zu diesem wegweisenden Strassenprojekt.

Eine weitere kantonale Vorlage wurde von Landrat Balz Stückelberger vorgestellt. Er konnte den Delegierten klar aufzeigen, dass die von der CVP initiierte, nichtformulierte Gesetzesinitiative «Vo Schönebuech bis sauber» der falsche Weg ist, um die Littering-Problematik zu lösen. Bussen wurden nicht als zielführendes Mittel zur Bekämpfung von Littering beurteilt. Die Delegierten haben deshalb mit grossem Mehr bei zwei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen beschlossen, die Nein-Parole zu fassen.

Ebenfalls die Nein-Parole wurde zu der von Landrat Andreas Dürr vorgestellten formulierten Gesetzesinitiative «Strassen teilen – Ja zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo-, und öffentlichen Verkehr» beschlossen. Die von Andreas Dürr vorgebrachten Contra-Argumente vermochten die Delegierten zu überzeugen. Die Initiative wurde als unnötig beurteilt - weil eine gesetzliche Grundlage besteht und vom Kanton schon heute umgesetzt wird und als unsinnig - weil Velofahrer auf Velowege und nicht auf Hochleistungsstrassen gehören und als finanziell nicht abschätzbar beurteilt. Entsprechend deutlich haben die Delegierten einstimmig die Nein-Parole beschlossen.

Kontakt:

Christine Frey, Präsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20